

**SPD-Fraktion
SOLI-Fraktion
im Kreistag Lüchow-Dannenberg**

Glienitz, d. 19.09.2023

Sehr geehrte Frau Landrätin Schulz,

hiermit stellen die SPD-Fraktion und die SOLI-Fraktion den nachfolgenden Antrag für den Sozialausschuss, KA und den Kreistag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Lüchow Dannenberg fordert die Bundesregierung auf, ausreichend zweckgebundene finanzielle Mittel für das Jobcenter zur Verfügung zu stellen, um die Maßnahme „Tafelgärten“ in Dannenberg/Träger: Caritasverband für die Landkreise Uelzen /Lüchow-Dannenberg e.V., die Maßnahme: „Tafelgärten“ in Lüchow/Träger: AWOCADO Service gGmbH und die Maßnahme: T-Stube in Hitzacker/Träger: Wendlandbrücke e.V. zu erhalten.

Der Landkreis fordert die für die Entscheidung einer Schließung der o.g. Einrichtungen verantwortlichen Gremien des Jobcenters auf, diese Entscheidung aufzuheben und eine nochmalige kritische Überprüfung von Einsparungen an anderen Stellen vorzunehmen mit dem Ziel, die o. g. Einrichtungen weiter zu betreiben.

Begründung:

Die Entscheidungsgremien des Jobcenter Lüchow haben sich vor dem Hintergrund der öffentlich bekannt gewordenen bundesweiten Kürzung von Haushaltsmitteln für ihren Etat dazu entschlossen, ab dem 01.01.2025 keine Plätze mehr im „sozialen Arbeitsmarkt“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu finanzieren.

Das wird die Schließung der oben genannten Maßnahmen zur Folge haben. Der sehr gut angenommene Soziale Treff ist ja bereits zum letzten Jahresende geschlossen worden.

Uns ist bewusst, dass diese Maßnahmen nur eine begrenzte Wirkung in den ersten Arbeitsmarkt haben. Die Wirkung in Bezug auf gesellschaftliche Teilhabe, Tagesstruktur, sinnstiftende Lebensführung kann jedoch gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Folgen der Kürzungen werden individuell viele Menschen treffen, die es ohnehin schwer haben. Gesellschaftlich wird eine große Gruppe von Bürger*innen, die den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt aus unterschiedlichsten Gründen auch mit Unterstützung nicht schaffen, abgehängt und fallen gelassen. Die Folgen werden sich auch fiskalisch bemerkbar machen und durch die Entscheidung wird Langzeitarbeitslosigkeit zementiert.

Für die Fraktionen der SPD und SOLI

Kerstin Peters (SPD) und Kurt Herzog (SOLI)